

Elfte Sitzung – Onzième séance

Montag, 17. März 1986, Nachmittag

Lundi 17 mars 1986, après-midi

14.30 h

Vorsitz – Présidence: Herr Bundi

Präsident: Ich heisse Sie zur dritten Sessionswoche willkommen und erkläre die Sitzung als eröffnet.

Am vergangenen Wochenende haben das Schweizervolk und alle Stände die Frage eines UNO-Beitrittes der Schweiz mit 511 548 gegen 1 591 428 Stimmen abgelehnt. Es ist die Pflicht von Bundesrat und Parlament gewesen, 40 Jahre nach der Gründung der UNO und nach diversen Diskussionen von UNO-Berichten im Parlament die Frage eines UNO-Beitrittes der Schweiz vors Volk zu bringen. Das Verdikt ist klar herausgekommen, deutlicher als viele es erwartet haben. Das massive Nein des Schweizervolkes wirft Fragen nach dem Stellenwert und der Gestaltung unserer künftigen Aussenpolitik auf. Unser Parlament wird nicht darum herumkommen, eine gründliche Lageanalyse vorzunehmen und sich zu überlegen, in welchem Masse es selbst die Grundsätze der schweizerischen Aussenpolitik stärker als bisher bestimmen und damit auch die Verantwortung wahrnehmen will, diese Aussenpolitik im Innern besser zu begründen und abzustützen. Unser bisheriger Einsatz zugunsten der Friedenssicherung, der Entwicklungspolitik und der humanitären Hilfe wird weitergehen.

In den UNO-Kreisen wird man zur Kenntnis nehmen und Verständnis dafür haben müssen, dass ein Volksreferendum andere Konsequenzen haben kann als ein Beschluss, der nur von einem Parlament gefasst wird.

Wie sich die UNO-Organen mit ihren Zweigniederlassungen in der Schweiz längerfristig uns gegenüber verhalten werden, kann heute kaum vorausgesagt werden. Es bleibt zu erwarten, dass unsere guten Dienste nach wie vor gefragt sind. Ferner ist zu hoffen, dass der von den Gegnern eines UNO-Beitrittes mehrfach geäusserte Wunsch, die Schweiz könne und solle auch als Staat ausserhalb der UNO neue und kraftvolle Akzente in der Alltagswirklichkeit setzen, seine volle Bedeutung haben möge.

Fragestunde – Heure des questions

Frage 25:

Neuenschwander. Schwerverkehrsabgabe. Retorsionsgebühren im Ausland

Redevance sur les poids lourds. Taxes de rétorsion prélevées à l'étranger

Im Vorfeld der Abstimmung zur Schwerverkehrsabgabe hat der Bundesrat permanent versichert, dass keine Vergeltung zu erwarten sei.

Laut einer Umfrage des Nutzfahrzeugverbandes «ASTAG» haben die Schweizer Transportunternehmen im vergangenen Jahr 1985 im Ausland aber über 10 Millionen Franken an Retorsionsgebühren entrichtet.

Wann und wie werden die von 13 Ländern erhobenen Retorsionsgebühren an die betroffenen Transportunternehmen zurückerstattet?

Bundesrat Stich: Für die Rückerstattung ausländischer Retorsionsgebühren besteht keine verfassungsmässige Grundlage. Am 6. März 1986 hat es der Ständerat zudem abgelehnt, die Motion des Nationalrates, welche auf eine

Rückerstattung der Abgaben abzielte, auch nur als Postulat zu überweisen. Hingegen haben die Schweizer Transportunternehmen, gestützt auf Artikel 15 der in Kraft stehenden Verordnung über die Schwerverkehrsabgabe, Anspruch auf anteilmässige Rückerstattung der in der Schweiz bezahlten Schwerverkehrsabgabe bei Fahrten im Ausland.

Neuenschwander: Mit dieser Antwort erteilt der Bundesrat dem schweizerischen Transportgewerbe eine Absage. Ich möchte nochmals betonen: Noch im Vorfeld der Abstimmung zur Schwerverkehrsabgabe versicherte der Bundesrat permanent, dass keine Vergeltung zu erwarten sei.

Meine Zusatzfrage, Herr Bundesrat Stich: Was gedenkt der Gesamtbundesrat in eigener Sache zu unternehmen, damit die Retorsionsgebühren im Ausland abgeschafft oder zurückbezahlt werden?

Bundesrat Stich: Das haben wir bis jetzt getan und werden es auch in Zukunft tun. Es gibt verschiedene Länder, die keine Abgaben erheben, es gibt einige Länder, die spiegelbildliche Massnahmen getroffen haben, und es sind nur deren zwei, die bis heute eigentliche Retorsionsmassnahmen in die Wege geleitet haben.

Frage 26:

Müller-Aargau. Obwaldner Steuerverwaltung. Gravierende Nachlässigkeiten

Müller-Argovie. Services fiscaux d'Obwald. Graves négligences

An einer Pressekonferenz wurde die Öffentlichkeit andeutungsweise über gravierende Nachlässigkeiten in der Obwaldner Steuerverwaltung orientiert. Was liegt nun konkret vor und was hat die Eidgenössische Steuerverwaltung vorkehren können?

Bundesrat Stich: Im Rahmen ihrer Aufsichtstätigkeit auf dem Gebiet der direkten Bundessteuer (Artikel 93 des Bundesbeschlusses über die direkte Bundessteuer) hat die Eidgenössische Steuerverwaltung seit 1980 gravierende Mängel bei Veranlagungen bestimmter Steuerpflichtiger im Kanton Obwalden festgestellt. So sind zum Beispiel zu erwähnen: Missachtung gesetzlicher Bestimmungen, Einräumung ungesetzlicher Steuervorteile, Verzicht auf die Einleitung von Hinterziehungsverfahren, Erteilen falscher Auskünfte, Verzicht auf das Erfordernis zum Einreichen von Steuererklärungen, Nichtvornahme von Veranlagungen. Nach erfolglosen Interventionen bei der Kantonalen Steuerverwaltung hat die Eidgenössische Steuerverwaltung zuhänden der Kantonalen Finanzdirektion erstmals am 19. Dezember 1982 einen ausführlichen Bericht verfasst, in welchem die materiellen Beanstandungen festgehalten wurden. Trotz den Beanstandungen, die auch von zwei aussenstehenden Experten untersucht und im wesentlichen bestätigt worden sind, und den Ermahnungen des kantonalen Finanzdirektors an die Adresse des Steuerverwalters sowie weiterer Interventionen der Eidgenössischen Steuerverwaltung trat keine Besserung der Verhältnisse ein. Als die kantonale Steuerverwaltung, gestützt auf Artikel 94 Absatz 3 des Bundesbeschlusses über die direkte Bundessteuer, die Ermächtigung zur Eröffnung der Veranlagung der direkten Bundessteuer 1985/86 anbegehrte, wurde ihr diese deshalb von der Eidgenössischen Steuerverwaltung verweigert. Auf Antrag der Eidgenössischen Steuerverwaltung hat das Eidgenössische Finanzdepartement gemäss Artikel 94 Absatz 2 am 4. Februar 1986 gegen die Verwaltung für die direkte Bundessteuer des Kantons Obwalden aufsichtsrechtliche Massnahmen angeordnet.

Diese bestehen einerseits in der Anordnung der generellen Rückstellung aller von der kantonalen Verwaltung für die direkte Bundessteuer des Kantons Obwalden vorgenommenen Veranlagungen für die direkte Bundessteuer 1985/86. Andererseits wurde die Rückstellung aller noch nicht eröffneten Veranlagungen früherer Steuerperioden verfügt, bis die Eidgenössische Steuerverwaltung ihr Einverständnis zur Eröffnung der definitiven Veranlagung erteilt. Mangelhafte

Veranlagungen werden von der eidgenössischen Steuerverwaltung an die Veranlagungsbehörden zur Neuveranlagung zurückgewiesen. Die eidgenössische Steuerverwaltung wird die provisorischen Veranlagungen laufend paket- oder stichprobenweise überprüfen und der kantonalen Steuerbehörde das Einverständnis zur Eröffnung definitiver Veranlagungen geben. Mit dieser Anordnung ist die gesetzesmäßige Veranlagung der direkten Bundessteuer im Kanton Obwalden ohne zeitliche Verzögerung gewährleistet. Die im Personalsektor der kantonalen Steuerbehörde gezeigte Konsequenz lag nicht im Bereich der Bundesbehörde.

Müller-Aargau: Ich danke Herrn Bundesrat Stich für die zusätzlichen Auskünfte. In der gleichen Pressekonferenz wurde von bedeutenden Steuerausfällen für den Kanton Obwalden gesprochen. In welcher Höhe liegen etwa die Ausfälle für den Bund?

Bundesrat Stich: Die Eidgenössische Steuerverwaltung wird zu dieser Frage bis Ostern einen Bericht erstatten. Die Meinungen, wie hoch die Steuerausfälle sind, gehen sehr stark auseinander, von einigen 100 000 Franken bis zu den Schätzungen der Eidgenössischen Steuerverwaltung, die die gesamten gefährdeten Steuereinnahmen für Bund, Kanton und Gemeinden auf 15 bis 20 Millionen Franken schätzt.

Question 27:

Rime. Heizölzoll. Entschädigung der Brennstoffhändler
Hausse des droits sur le mazout. Indemnisation des distributeurs de combustibles

La décision soudaine d'introduire une taxe supplémentaire de 4 fr. 38 par 100 kg sur le mazout provoque de graves difficultés et surtout des pertes importantes pour les distributeurs de combustibles. Ceux-ci assurent le ravitaillement des consommateurs avec des marges généralement minimales. Ils sont aussi responsables de l'encaissement des taxes prélevées par la Confédération.

Quelles mesures prendra le Conseil fédéral pour indemniser les entreprises ainsi lésées?

Bundesrat Stich: Der Bundesrat sieht keinen Anlass, Massnahmen zu ergreifen. Es ist Sache des Handels, sich gegen derartige Risiken abzusichern. Das gilt übrigens nicht nur bei Zollerhöhungen, sondern auch bei einem unerwarteten Anstieg der Marktpreise oder generell bei allen neuen öffentlich-rechtlichen Regelungen wie Einfuhrbeschränkungen, Abgabenerhöhungen und dergleichen.

Frage 28:

Braunschweig. Atomteststopp. Multinationales Abkommen

Accord multilatéral sur l'arrêt des essais nucléaires

In seiner ausführlichen Antwort auf meine Interpellation 85.996 zur 3. Überprüfungskonferenz des Atomsperrvertrages erwähnt der Bundesrat dreimal die sachliche und zeitliche Dringlichkeit für den Abschluss eines umfassenden multilateralen Teststoppabkommens.

In welcher Weise kann der Bundesrat bis zum Ablauf des Atomtestmoratoriums der UdSSR bis Ende März 1986 zusätzliche Bemühungen im Rahmen der «Guten Dienste» für den Abschluss eines Abkommens unternehmen?

M. Aubert, conseiller fédéral: Monsieur Braunschweig, la conclusion d'un traité d'interdiction totale des essais nucléaires est stipulée dans le préambule de l'«Accord d'interdiction partielle des essais nucléaires» de 1963 et dans celui du «Traité de non-prolifération des armes nucléaires», le TNP.

Sur la base de ces traités, la Suisse a exigé à plusieurs reprises, la dernière fois lors de la troisième conférence de réexamen du TNP, l'automne dernier, la conclusion d'un traité. Le traité d'interdiction totale des essais nucléaires ne jouit pas du consentement de tous les Etats dotés d'armes nucléaires. Je crois qu'il y a lieu de rappeler, en particulier, que la France et la Chine n'ont même pas adhéré au traité

d'interdiction partielle de 1963. Des démarches supplémentaires, comme vous les proposez, Monsieur Braunschweig, hors du cadre des possibilités offertes par ces traités, impliqueraient une prise de position sur une initiative unilatérale, ce que le Conseil fédéral ne juge pas opportun. En revanche, la Suisse est prête à offrir, dans le cadre de ses bons offices, son territoire pour des négociations.

Frage 29:

Ruf-Bern. Iranische Kriegsverletzte in der Schweiz

Ruf-Berne. Blessés de guerre iraniens en Suisse

Wieviele iranische (und eventuell irakische) Kriegsverletzte wurden – mit welchem rechtlichen Status? – seit Ausbruch des militärischen Konflikts zwischen Irak und Iran jährlich zur medizinischen Behandlung in die Schweiz gebracht?

Frage 30:

Ruf-Bern. Iranische Kriegsverletzte. Rückkehr in Ihre Heimat

Ruf-Berne. Blessés de guerre iraniens. Retour dans leur pays

Wieviele dieser Patienten haben unser Land bereits wieder verlassen, und wann werden die noch Anwesenden abreisen?

Frage 31:

Ruf-Bern. Iranische Kriegsverletzte. Gründe für Behandlung in der Schweiz

Ruf-Berne. Blessés de guerre iraniens. Raison de leur traitement en Suisse

Weshalb hat die Schweiz überhaupt Kriegsverletzte aus einem weit entfernten asiatischen Gebiet (Iran/Irak) aufgenommen, statt dass sie in den benachbarten arabischen Staaten des Persischen Golfes medizinisch betreut worden wären?

M. Aubert, conseiller fédéral: Oui, Monsieur Ruf, les combats de ces dernières semaines sur le front iranien et irakien ont fait, à nouveau, de nombreux blessés graves, surtout du côté iranien. Etant donné qu'en Iran les possibilités de traitement des grands blessés sont limitées, les autorités iraniennes ont demandé, dans plusieurs pays européens, à des hôpitaux bien équipés, d'accueillir des blessés aux frais du gouvernement iranien. Deux hôpitaux des cantons de Bâle-Campagne et de Vaud se sont déclarés disposés à accepter un certain nombre de patients.

Pour répondre plus précisément à votre question, cinq Iraniens ont été soignés en Suisse en 1984 et sont rentrés dans leur pays après le traitement; dix nouveaux blessés ont été hospitalisés en Suisse ces dernières semaines, deux sont décédés, deux ont pu retourner en Iran, cinq autres vont quitter la Suisse ces prochains jours et le dernier dans trois semaines.

Question 32:

Butty. UNO-Abstimmung. Folgen

Vote sur l'ONU. Conséquences

Le Conseil fédéral estime-t-il indiqué que nous continuions à apporter notre collaboration aux organisations spécialisées de l'ONU et juge-t-il nécessaire d'expliquer aux Etats membres les particularités du système constitutionnel suisse qui nous oblige de soumettre au vote du peuple et des cantons suisses une semblable décision, ce que n'a fait aucun autre Etat membre?

M. Aubert, conseiller fédéral: Votre question, Monsieur Butty, comporte deux parties. Concernant tout d'abord notre collaboration avec des institutions spécialisées de l'ONU, le Conseil fédéral a clairement exposé sa position dans sa déclaration que j'ai faite hier, lors de la conférence de presse, après avoir pris connaissance des résultats de la votation. Je vous en rappelle certains passages: «La non-adhésion de la Suisse à l'ONU prive notre pays d'un instrument que le Conseil fédéral et les Chambres fédérales jugeaient important pour la conduite de notre politique

étrangère. Le Conseil fédéral n'en continuera pas moins à mettre en oeuvre tout ce qui est en son pouvoir pour défendre les intérêts et les points de vue de la Suisse dans le monde, tant sur le plan bilatéral que dans les organisations internationales dont nous sommes membres. Il a la ferme volonté de maintenir son engagement et de poursuivre sa coopération avec les organisations internationales. Cela fait partie intégrante de notre politique étrangère et répond à ce que la communauté internationale peut attendre de notre pays.»

Deuxième partie de votre question: les Etats membres de l'ONU ont été informés avant le 16 mars, par nos ambassades, des particularités du système constitutionnel suisse, avec cette exigence constitutionnelle de la double majorité du peuple et des cantons. Les Etats membres de l'ONU ont également été informés, hier soir, de la déclaration du Conseil fédéral, une fois les résultats de la votation connus.

M. Butty: Le non du peuple suisse était attendu. L'ampleur du score a cependant frappé les observateurs, surtout le résultat du canton de Genève. Hier soir, les adversaires de l'ONU ont déclaré qu'un départ des institutions internationales de Genève n'entraîne pas en ligne de compte. Cela n'est d'ailleurs pas à eux d'en décider mais à l'ONU. Il fallait y songer avant. Je vous pose la question suivante, Monsieur le Conseiller fédéral: le Conseil fédéral estime-t-il que la présence à Genève du siège européen des Nations Unies ainsi que des institutions internationales qui en dépendent, pourrait être remise en cause? Estimeriez-vous indiqué, d'entente avec les autorités genevoises qui ont manifesté hier soir leur préoccupation et même leur anxiété, de prévenir des départs éventuels qui seraient, à notre avis, préjudiciables non seulement à Genève mais à toute la Suisse?

M. Aubert, conseiller fédéral: Il est assez difficile aujourd'hui de répondre à votre question. Une chose est certaine, c'est que le samedi 15 mars, il y a deux jours et encore jusqu'à dimanche matin, la Suisse n'était tout simplement pas membre de l'Organisation des Nations Unies. Le dimanche 16, elle a dit «non» à l'ONU, un «non» clair. La situation n'est plus la même aujourd'hui, 17 mars, qu'elle ne l'était encore, samedi 15 mars, il faut en avoir conscience. Quelles en seront les conséquences? Il m'est impossible, aujourd'hui, de vous le dire. Ce que je peux affirmer, c'est que le Conseil fédéral a la ferme intention de poursuivre son activité et sa politique d'accueil à l'égard des organisations onusiennes à Genève et de façon générale, des conférences internationales et des organisations internationales, et ceci en parfait accord avec les autorités genevoises.

Frage 33:

Nussbaumer. Bundesbauten. Verwendung von Schweizer Holz

Constructions fédérales. Utilisation de bois indigène

Stimmt es, dass der Bund als Bauherr oder Gebäudeeigentümer wegen der internationalen Handelsvereinbarungen nicht mehr verlangen darf, dass beim Neubau oder bei Renovation von Bauten Schweizer Holz verwendet werden muss?

Bundespräsident Egli: Holz gilt bei uns handelsrechtlich als Industrieprodukt, nicht etwa als landwirtschaftliches Produkt. Aus diesem Grunde dürfen wir bei der Ausführung von Bundesbauten ausländisches Holz gegenüber inländischem nicht diskriminieren. Trotzdem ist unser Amt für Bundesbauten schon seit längerem bestrebt, bei der Ausführung von Bundesbauten vermehrt Holz – nach Möglichkeit inländisches – zu verwenden.

Frage 34:

**Nussbaumer. Einwegflaschen für Mineralwasser
Conditionnement des eaux minérales**

Ab 1. April 1986 dürfen gemäss Revision der Lebensmittelverordnung Mineralwasser in undurchsichtigen Einwegflaschen verkauft werden.

Ist der Bundesrat bereit, auf diesen Beschluss, der von den Mineralwasserproduzenten zu recht scharf kritisiert wird, zurückzukommen?

Bundespräsident Egli: Das Lebensmittelgesetz lässt Bestimmungen lediglich nach zwei Richtungen zu: erstens zum Schutz der Gesundheit und zweitens zur Verhütung von Täuschungen im Verkehr mit Lebensmitteln. Aber weder die eine noch die andere Voraussetzung könnte mit einem Verbot von Einwegflaschen erfüllt werden. Auch wegen internationalen Verpflichtungen, können wir Einwegflaschen nicht verhindern, weil ein solches Verbot auf ein nichttarifarisches Handelshemmnis hinausliefe.

Frage 35:

**Oester. Pendelbusse ETH Zürich. Aufhebung
EPF Zurich. Suppression de la navette**

Der Lehr- und Forschungsbetrieb an der ETHZ ist auf die beiden Zweigstellen Zentrum und Hönggerberg aufgeteilt. Diese waren bisher mit einem auf die Stundenpläne abgestimmten Pendelbus im Stundentakt verbunden.

Nun hebt die ETH dieses attraktive öffentliche Verkehrsmittel per Ende Wintersemester 85/86 auf. Den etwa 1000 täglichen Benützern wird eine mehr als doppelte Fahrzeit zuge-mutet, was viele zum (Wieder-)Umsteigen aufs Auto bewegen dürfte.

Ist der Bundesrat bereit, dafür zu sorgen, dass diese fragwürdige Massnahme rückgängig gemacht wird?

Bundespräsident Egli: Die Pendelbusse der ETHZ waren kein öffentliches Verkehrsmittel, sondern sie dienten lediglich dem internen unterrichtsbedingten Pendelverkehr zwischen dem ETH-Zentrum und der ETH Hönggerberg. Im übrigen macht sich der Fragesteller Illusionen über die Frequenz dieser Busse. Es waren nicht Tausende, die diese Busse benützten; pro Tag wurden zwischen 200 bis 500 Einzelfahrten gezählt. Ausserdem waren diese Busse auch nicht so attraktiv, wie der Fragesteller anzunehmen scheint; denn sie verkehrten lediglich einmal pro Stunde. Aus diesem Grunde hat die Hochschulvollversammlung von der Hochschulleitung Verhandlungen mit den Verkehrsbetrieben Zürich verlangt. Diese wurden im letzten Frühjahr mit dem Ergebnis geführt, dass nun die Stadt Zürich die Linie 69 bis zum Milchbuck verlängert. Dies hat auch den Vorteil, dass künftig diese Linie in einem siebeneinhalb Minuten-Takt verkehrt und nicht nur stündlich wie bisher.

Oester: Sie sind offenbar, Herr Bundespräsident, von der ETH unrichtig informiert. Ich habe mit Leuten gesprochen, die diesen Bus täglich benützt haben. Sie haben ebenfalls Zählungen gemacht und festgestellt, es seien auf alle Fälle mindestens 1000 Personen pro Tag, die diesen Bus benützt haben. Er hat den Studenten einen sehr guten Dienst geleistet, weil er immer auf Beginn der Vorlesung angekommen ist. Wenn man jetzt das gewöhnliche öffentliche Verkehrsmittel benutzen muss, brauchen die Studenten 25 bis 35 Minuten anstatt 11 bis 15 Minuten. Einer hat in der Zeitung geschrieben (Glocke/Präsident: Herr Oester: nur die Zusatzfrage!), er werde wieder zum Auto zurückkehren, und das werden viele andere auch tun. Deshalb frage ich Sie, Herr Bundespräsident: Ist eine solche Verkehrspolitik der ETH, in einer Stadt mit derartiger Luftverschmutzung wie Zürich, wirklich zu verantworten, wenn wieder soundso viele Menschen auf das Auto umsteigen werden, weil ihnen die neue Regelung eindeutig nicht dient?

Bundespräsident Egli: Es wäre nach unserer Auffassung den Studenten zuzumuten, dass sie eine Buslinie, die im siebeneinhalb Minuten-Takt geführt wird, benützen statt einen Bus, der lediglich im Stunden-Takt verkehrt, auch wenn dieser auf die Lehrstunden ausgerichtet ist.

Frage 36:**Oehen. Militär-Invalidenrenten
Rentes militaires d'invalidité**

Teilt der Bundesrat die unablässig fürsorgende Wertschätzung des Schweizer Volkes und des Gesetzgebers für die im Militär, insbesondere im Aktivdienst des 2. Weltkriegs, verunfallten oder gesundheitlich geschädigten Armeeangehörigen, eine Wertschätzung, welche es unter keinem Titel zulässt, das wirtschaftliche Fortkommen oder den Versicherungsschutz eines Betroffenen zu beeinträchtigen, oder gar kurz vor dem, respektive im Pensionsalter die Invalidenrente zu kürzen oder gar ganz aufzuheben?

Ist der Bundesrat bereit, die im BEOBACHTER vom 15. März 1986 zu recht an den Pranger gestellte Praxis der Militärversicherung im obigen Sinne, und nötigenfalls durch entsprechende Gesetzesänderungen, schnellstmöglich zu korrigieren?

Bundespräsident Egli: Herr Oehen, ich muss Ihnen zugeben, dass die Praxis der Militärversicherung, die vom «Beobachter» und von Ihnen gerügt wird, auf den ersten Blick befremdlich wirkt. Wir sind deshalb bereit, sie zu überprüfen, und insbesondere diese Prüfung auch in die Gesetzesrevision des Militärversicherungsgesetzes einzubeziehen, welche übrigens bereits im Gange ist.

Frage 37:**Segmüller. Entkriminalisierung der echten Dienstverweigerer****Objecteurs authentiques. Décriminalisation**

Aufgrund einer Motion zur Revision des Militärstrafgesetzes und zahlreicher anderer in ähnliche Richtung zielender Vorstösse hat der Bundesrat versprochen, echte Dienstverweigerer aus Gewissensgründen in Strafmass und Vollzug zu entkriminalisieren.

Das EMD hat die Arbeiten rasch vorangetrieben, die Vernehmlassung über einen Revisionsentwurf ist bereits abgeschlossen.

Weite Bevölkerungskreise warten auf die Vorschläge des Bundesrates in dieser heiklen Frage.

Wann beabsichtigt der Bundesrat dem Parlament die Botenschaft zu unterbreiten?

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Je puis répondre ainsi. Mme Segmüller a relevé que le Département militaire avait entrepris, sans perdre de temps, l'examen de la révision des dispositions actuelles concernant la décriminalisation de l'objection de conscience et avait cherché une solution équitable au problème des objecteurs authentiques – de ceux-là uniquement – dans le dessein de ne pas les traiter comme les autres délinquants.

L'examen des réponses reçues à la suite de la procédure de consultation vient, Madame, à peine de s'achever. Je pense informer le Conseil fédéral peu après Pâques et solliciter alors son autorisation d'élaborer un projet de message et de loi, le message pourrait être présenté durant l'été.

Frau Segmüller: Ich finde es ausserordentlich begrüßenswert, dass der Bundesrat in dieser heiklen Angelegenheit die Arbeiten so zügig vorangebracht hat. Ich möchte lediglich eine kleine Zusatzfrage stellen: Wann gedenkt der Bundesrat, die Ergebnisse der Vernehmlassung zu publizieren, auf die wir alle natürlich sehr gespannt sind?

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Comme je viens de vous le dire, le Conseil fédéral sera saisi des résultats de cette consultation dès après Pâques. Il examinera s'il faut publier les résultats de cette consultation à ce moment-là, séparément, ou bien si ces derniers seront publiés lorsque le message et la loi seront présentés, c'est-à-dire durant l'été.

Frage 38:**Geissbühler. Eidgenössisches Gestüt und Eidgenössische Militärpferdeanstalt. Mögliche Fusion****Haras d'Avenches et dépôt des chevaux de l'armée. Fusion éventuelle**

Im Herbst des vergangenen Jahres ist der amtierende Direktor des Eidgenössischen Gestütes in Avenches, Herr Dr. Leuenberger, verstorben. Möglicherweise steht die zeitliche Verzögerung einer Ersatzwahl durch den Bundesrat im Zusammenhang mit der Diskussion einer möglichen Fusion der EMPFA in Bern mit dem Gestüt in Avenches.

Ist die Bewältigung der gestellten Aufgaben im Gestüt unter den gegebenen Umständen auf eine längere Dauer gewährleistet?

Bundesrat Furgler: An den Direktor des Eidgenössischen Gestüts in Avenches werden grosse Anforderungen gestellt. Seine Aufgaben in Rahmen der Zucht setzen hohe fachliche Qualifikationen voraus. Die Führung des Gestütsbetriebes verlangt gute organisatorische Fähigkeiten. Die zahlreichen Bewerbungen werden aus diesen Gründen eingehend abgeklärt. Mit der Wahl ist in kurzer Zeit zu rechnen. Die sorgfältige Auswahl musste und muss nicht unter Zeitdruck vorgenommen werden, weil die Leitung des Gestüts zurzeit durch Herrn Dr. Steingruber, der seit 1974 Direktionsadjunkt ist, in sehr befriedigender Weise sichergestellt ist. Die laufende Prüfung der Möglichkeit einer Zusammenlegung von EMPFA und Gestüt wird durch das Wahlverfahren für den neuen Direktor nicht beeinflusst. Dieses Problem muss an und für sich sorgfältig ausgelotet werden, wie wir dem Parlament bereits zugesichert haben.

Präsident: Die Frage 45 von Frau Monika Weber, Zuckerbeschluss, wird nicht durch den Herrn Bundeskanzler, sondern auch durch Herrn Bundesrat Furgler beantwortet.

Frage 45:**Weber Monika. Zuckerbeschluss. Volksabstimmung****Arrêté sur l'économie sucrière. Votation populaire**

Wann gedenkt der Bundesrat dem Volk den «Zuckerbeschluss» zu unterbreiten?

Bundesrat Furgler: Im laufenden Jahr stehen noch zwei Abstimmungstermine zur Verfügung, der 28. September und der 8. Dezember, für die voraussichtlich vier oder fünf Geschäfte abstimmungsreif werden. Dazu gehört sicher der Zuckerbeschluss, der für den 28. September vorgemerkt ist. Die definitive Bereinigung des Abstimmungsfahrplans wird der Bundesrat nach der Märzsession der eidgenössischen Räte vornehmen.

Frage 39:**Müller-Meilen. Anschlussgeleise. Finanzierung****Embranchements industriels. Financement**

Im Treibstoffzollbeschluss wurden Mittel für den Bau von Anschlussgeleisen vorgesehen. Im Budget 86 wurden aber keine «wegen Mangels an Projekten» bereitgestellt, was sich nachträglich aber als falsch erwies.

Wieviele Gesuche um Beiträge an den Bau von Anschlussgeleisen liegen heute vor und wieviele sind in Aussicht gestellt und wieviele Mittel gedenkt der Bundesrat noch 1986 bereitzustellen, um den öffentlichen Verkehr durch den Bau von Anschlussgeleisen zu fördern?

Bundesrat Schlumpf: Gestützt auf das neue Treibstoffzollgesetz sind bis heute tatsächlich 29 Gesuche um Beiträge an solche Anschlussgeleise eingegangen. Die Bausumme beträgt total 44 Millionen Franken. Der Voranschlag 1986 enthält noch keinen Zahlungskredit, weil im letzten Sommer, als dieser Voranschlag aufgestellt werden musste, noch keine Gesuche vorlagen. Die ersten Gesuche sind im Oktober 1985 eingetroffen. Es waren bis Ende Jahr neun, und es sind – wie gesagt – inzwischen 29. Diese Eingaben werden jetzt behandelt. Wir werden etwa Ende März eine Uebersicht über den Mittelbedarf haben, die anrechenbaren

Kosten, die zu leistenden Beiträge, und werden dann einen Nachtragskredit anfordern. Zugleich läuft eine Erhebung bei den Bahnunternehmungen über mutmassliche künftige Begehren um derartige Beiträge. Wir wollen damit für die nächsten Jahre eine Uebersicht gewinnen.

Question 40:

Salvioni. Eisenbahn-Alpentransversalen. Erklärungen des italienischen Verkehrsministers

Transversales ferroviaires alpines. Déclaration du ministre italien des transports

La semaine passée, le ministre italien des transports, M. Claudio Signorile, interviewé par la Télévision italienne, a déclaré qu'à la suite d'une décision d'une commission gouvernementale de son pays, les Chemins de fer italiens ont prévu seulement deux raccordements internationaux en direction du nord: le Brenner et le Splügen.

Le chef du Département fédéral des transports, des communications et de l'énergie de retour d'une rencontre avec les ministres des transports des nations voisines, peut-il dire ce qui a été décidé à ce sujet.

Les déclarations du ministre italien sont-elles le reflet de la vérité? Quelle est l'attitude des gouvernements de l'Allemagne fédérale et de l'Autriche? Le chef du DFTCE ne pense-t-il pas que la Suisse finira par devoir subir sans réagir les décisions des Etats voisins?

Bundesrat Schlumpf: Die Verkehrsminister der Bundesrepublik Deutschland, Italiens, Oesterreichs und der Schweiz haben sich bekanntlich einmal mehr am 1. Februar 1986 in Zürich getroffen. Ich habe bereits vor einer Woche auf eine Frage von Nationalrat Clivaz dazu Stellung genommen.

Im Mittelpunkt dieser, wie auch früherer, Gespräche stand die Anhebung der Leistungsfähigkeit der Schiene für den Nord-Süd-Verkehr, insbesondere den Güterverkehr. Die Verkehrsminister haben übereinstimmend die Meinung vertreten, dass aus den bekannten Gründen eine Kapazitätssteigerung auf der Strasse nicht in Betracht kommen kann. Künftige neue Nachfragen, vor allem für den Güter-, aber auch den Personenverkehr, sollen der Schiene zugeführt werden. Bei der Steigerung der Leistungsfähigkeit der Schiene geht es in einer ersten Runde darum, die vorhandenen, im Ausbau befindlichen Kapazitäten zu nutzen und dann weitere Eisenbahnpententransversalen nach Massgabe des voraussehbaren Bedarfes festzulegen. Die vier Verkehrsminister haben einen Stellvertreterausschuss – engste Mitarbeiter der Minister auf höchster Ebene – eingesetzt, welche Entscheidungsgrundlagen zuhanden ihrer Ministerien und der Regierungen ausarbeiten sollen. Der Terminplan sieht so aus – ich möchte das einmal mehr in aller Klarheit sagen –: Das Gremium wird etwa bis Ende 1987 diese Entscheidungsgrundlagen ausarbeiten. Es kann keine Rede davon sein, dass bis Ende 1987 die Entscheide gefällt sind; diese Entscheide sind dann Angelegenheit der Regierungen, bei uns auch des Parlamentes. Bei neuen Linien besteht bekanntlich das fakultative Referendum, also ist allenfalls mit einer Volksabstimmung zu rechnen. Der Termin 1987 – er ist für den Ausschuss verbindlich – impliziert nur die Bereitstellung der Entscheidungsgrundlagen für die Regierungen der vier Länder.

Eine passive Hinnahme von Stellungnahmen zur Frage «Welche Eisenbahnpententransversalen?» durch benachbarte Regierungen kann gar nicht in Frage kommen, Herr Salvioni. Allerdings können wir auch nicht im Alleingang über künftige Eisenbahnpententransversalen bestimmen, denn sie müssen grenzüberschreitend koordiniert werden, wenn sie einen Sinn haben sollen. Gerade im Hinblick darauf haben wir seit vielen Jahren immer wieder mit den Verkehrsministern der Nachbarländer, insbesondere von Italien, der BRD und von Oesterreich, und auch im Rahmen der CEMT (Konferenz der europäischen Verkehrsminister) diese Gespräche geführt.

Auf Antrag der Schweiz befassen sich übrigens die europäischen Verkehrsminister seit 1984 mit Grundlagenarbeiten für die Beurteilung dieser Fragen – unter schweizerischem

Vorsitz. Damit soll gesagt sein, dass wir in dieser Frage aktiv sind; wir dürfen für uns in Anspruch nehmen, einen massgebenden Teil der federführenden Arbeit zwischen diesen vier Ländern und auch im Rahmen der CEMT zu besorgen.

Zu Aeusserungen von Verkehrsministern gegenüber ausländischen Medien – eine solche Aeusserung wird von Herrn Salvioni erwähnt – können wir aus naheliegenden Gründen keine Stellung beziehen.

Question 41:

Carobbio. Lage in Sri Lanka. Bericht des Bundesamtes für Polizeiwesen

Situation au Sri Lanka. Rapport de l'Office fédéral de la police

Les journaux nous ont appris que, selon le rapport d'une délégation de l'Office fédéral de la police, laquelle avait séjourné au Sri Lanka du 14 au 24 décembre 1985, le renvoi de demandeurs d'asile tamouls présenterait toujours des dangers à ne pas sous-estimer. D'après ce rapport, il serait impossible de garder le contact avec les Tamouls rapatriés. En outre, leur retour dans les provinces du nord et de l'est, régions d'où viennent la plupart des Tamouls réfugiés en Suisse, serait exclu. D'autre part, leur rapatriement dans le sud de l'île poserait des problèmes. Tout cela semble démentir les arguments avancés par le Conseil fédéral pour justifier la suspension de l'interdiction de renvoyer les Tamouls. Je demande au Conseil fédéral de dire si les informations parues dans la presse au sujet du rapport précité correspondent à la vérité et comment il explique, dans ce cas, la décision prise, étant donné que la situation ne devrait guère avoir changé en deux mois.

Question 42:

Pitteloud. Lage in Sri Lanka. Bericht des Bundesamtes für Polizeiwesen

Situation au Sri Lanka. Rapport de l'Office fédéral de la police

Plusieurs journaux du 12 mars 1986 font état d'un rapport confidentiel établi par une délégation de l'Office fédéral de police sur la situation du Sri Lanka. Les conclusions de ce rapport semblent être tout à fait contradictoires avec l'appréciation faite par le Conseil fédéral qui a abouti à la décision de renvoi des Tamouls. Je demande donc au Conseil fédéral pourquoi il n'a pas fait état de ce rapport occultant ainsi un élément important d'appréciation de la situation réelle du Sri Lanka et s'il n'estime pas que ce rapport doit être distribué aux membres du Parlement afin qu'ils soient objectivement renseignés?

Frage 43:

Hubacher. Lage in Sri Lanka. Bericht des Bundesamtes für Polizeiwesen

Situation au Sri Lanka. Rapport de l'Office fédéral de la police

In der Presse war zu lesen, Bundesbeamte hätten auftragsgemäss einen «brisanten Bericht» über die gesellschaftspolitische Lage in Sri Lanka verfasst. Dieser Bericht steht in einem Zusammenhang mit den für Tamilen aufgehobenen Ausschaffungsstopp.

Steht dieser Bericht dem Parlament zur Verfügung?

Bundesrätin Kopp: Der Bundesrat hat die Situation in Sri Lanka umfassend beurteilt. Der Bericht der beiden Mitarbeiter des Bundesamtes für Polizeiwesen, der Herren Werenfels und Zuckschwerdt, stellt eines von mehreren Beurteilungselementen dar. Mitberücksichtigt wurden unter anderem Stellungnahmen des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten, schweizerischer Hilfswerke und internationaler Organisationen. Von allen wurde die Sicherheitslage im Norden und Osten der Insel übereinstimmend als kritisch, im Süden als zumutbar beurteilt. Ein Widerspruch zwischen dem fraglichen Bericht und dem Entscheid des Bundesrates besteht nicht. Der Bundesrat pflegt die seinen Entscheiden zugrunde liegenden internen Dokumente nicht zu veröffentlichen. Die Situation in Sri

Lanka und ihre Beurteilung durch den Bundesrat sowie die Gründe, die zur Aufhebung des Ausschaffungsstopps geführt haben, wurden anlässlich der Beantwortung eines Vorstosses im Ständerat und auch gegenüber der Presse ausführlich dargelegt. Zur Veröffentlichung des Berichtes besteht kein Anlass.

M. Carobbio: Je vous remercie, Madame la Conseillère fédérale, de votre réponse qui, je dois le dire, ne me convainc pas.

En effet, non seulement le rapport des deux experts du département fait état d'une situation conflictuelle grave, mais ce point a été soulevé au sein de la Commission des droits de l'homme à Genève. Les représentants du Canada, de l'Australie, de la Grande-Bretagne et de la Nouvelle-Zélande se sont prononcés dans ce sens et ont souligné l'aggravation de la situation dans le Sud.

Par conséquent, le département a-t-il aussi tenu compte de ces considérations et est-il prêt à agir avec prudence lors des décisions de renvoi des Tamouls au Sri Lanka?

Bundesrätin Kopp: Herr Nationalrat Carobbio, es besteht kein Widerspruch. Ich habe sowohl anlässlich der Pressekonferenz als auch bei der Beantwortung der Interpellation Bauer im Ständerat festgehalten, dass auch der Bundesrat die Situation im Norden und im Osten als kritisch beurteilt und von einer relativen Ruhe im Süden gesprochen hat. Diese Beurteilung deckt sich mit derjenigen aller Organisationen, die wir konsultiert haben.

Dieser Ausschaffungsstopp lässt sich mit unserem Asylrecht nicht vereinbaren. Er wurde damals angeordnet, um Ueberblick über die Situation zu bekommen.

Ich habe an der Pressekonferenz und im Ständerat klargestellt, dass unser Entscheid nicht bedeutet, dass jetzt sämtliche Tamilen innert kürzester Zeit ausgewiesen werden, egal, woher sie kommen, sondern dass – wie das beim Asylverfahren üblich ist – jedes Gesuch individuell beurteilt und die Zumutbarkeit individuell abgeklärt wird. Damit haben wir die Asylbewerber aus Sri Lanka mit den Asylbewerbern aus den übrigen Ländern gleichgestellt. Auch für sie wird die Zumutbarkeit der Rückschaffung individuell abgeklärt.

Mme Pitteloud: Vous me dites aujourd'hui qu'il n'est pas dans les habitudes de l'Office fédéral de la police de publier de tels documents. Cependant, si j'ai bon souvenir, en 1984, lorsque deux fonctionnaires de cet office se sont rendus au Sri Lanka et en sont revenus avec un rapport positif sur la situation dans ce pays, ce rapport a été publié. Pourquoi donc cette différence de traitement?

De plus, vous avez affirmé en conférence de presse que votre décision a été prise sur la base des rapports de vos propres experts et des prises de position de différentes oeuvres d'entraide. Or, je voudrais savoir de quelles oeuvres il s'agit car, depuis votre prise de position, la Croix-Rouge, Caritas, Helvetas, Amnesty International, les oeuvres de l'Eglise évangélique, l'OSA, le Service chrétien pour la paix et l'OSEO ont protesté contre cette décision.

Bundesrätin Kopp: Es fand im Januar eine Besprechung mit den Vertretern all derjenigen Hilfswerke statt, die Sie, Frau Nationalrätin Pitteloud, aufgezählt haben. Ich wiederhole, dass dieser Ausschaffungsstopp mit unserem Asylrecht nicht übereinstimmt. Wir haben Gesuche erhalten, die ohne weiteres abzuweisen gewesen wären. Wir konnten das aber wegen dieses generellen Ausschaffungsstopps nicht tun. Ich würde soweit gehen und sagen, dass es sich, selbst wenn es sich nur um einen einzelnen Fall gehandelt hätte, rechtfertigen würde, dass man diesen Ausschaffungsstopp aufhebt.

Hubacher: Ich habe nur die Frage gestellt, ob dieser Bericht des Bundesamtes für Polizeiwesen dem Parlament zur Verfügung stehe. Ich meine, in der Bundesverfassung irgendwann einmal gelesen zu haben, die eidgenössischen Räte

seien sozusagen die oberste Behörde, die gesetzgebende Behörde, die Kontrollbehörde des Bundesrates! Ich komme mir vor wie in einer Schule. Man traut einer Klasse nicht und erklärt: Ihr müsst zwar diese Asylpolitik mittragen, aber unsere Grundlagen gehen euch nichts an. Ich halte das für einen unmöglichen Standpunkt und frage Frau Bundesrätin Kopp, ob nicht zumindest den zuständigen Kommissionen, beispielsweise der ad-hoc-Kommission, die die Asylgesetz-Revision behandelt hat, oder der aussenpolitischen Kommission bzw. der Geschäftsprüfungskommission, dieser Bericht ausgehändigt wird.

Bundesrätin Kopp: Ich stelle fest, dass – und dies ist eine generelle Bemerkung – das Parlament zunehmend Kompetenzverschiebungen vornehmen will. Es gibt in diesem Land eine Regierung, und es gibt ein Parlament. Ich habe bereits gesagt, Herr Nationalrat Hubacher, dass der Bundesrat nicht nur diesen einen Bericht beigezogen hat, sondern dass es mehrere Berichte waren, dass es unter anderen auch ein Bericht des Eidgenössischen Departementes für Auswärtige Angelegenheiten war, und dass auch persönliche Befragungen erfolgten. Ich möchte Sie nun wirklich fragen, wozu das führen soll, wenn der Bundesrat alle Einzelheiten, die für eine Beschlussfassung des Bundesrates notwendig sind, dem Parlament zugänglich machen würde. Die Schlussfolgerungen, die der Bundesrat daraus gezogen hat, decken sich mit der Beurteilung. Wir stellen nochmals fest, dass die Lage in gewissen Teilen dieses Landes beunruhigend ist, und dass nur im Süden eine relative Ruhe herrscht.

Question 44:

Robbiani. Affaire Banco Ambrosiano. Rechtshilfe

Affaire de la Banque Ambrosiano. Entraide judiciaire

L'Italie aurait envoyé une note protestant contre le retard apporté à la prise d'une décision concernant la demande d'assistance judiciaire dans l'enquête pénale sur les relations d'affaires entre le Banco Ambrosiano de Roberto Calvi et la Banca del Gottardo. Le Département fédéral de justice et police aurait, quant à lui, envoyé une mise en demeure à la Cour d'appel du canton du Tessin, qui devait se prononcer sur le recours contre la demande d'assistance judiciaire. On parle d'un retard de deux ans et demi.

A la lumière de ce cas et d'affaires semblables qui ont impliqué d'autres cantons, le Conseil fédéral n'estime-t-il pas nécessaire de renforcer la compétence de la Confédération en matière d'assistance judiciaire, comme le prévoit par exemple le traité bilatéral avec les Etats-Unis?

Bundesrätin Kopp: Bei der Behandlung von amerikanischen Rechtshilfegesuchen wurden dem Bundesamt für Polizeiwesen erweiterte Kompetenzen gewährt, um den Unterschieden der beiden Rechtssysteme Rechnung zu tragen. Das Rechtshilfegesetz geht dagegen vom Gedanken aus, dass der Entscheid über die Gewährung der Rechtshilfe von kantonalen Magistraten gefällt werden soll, wie dies Artikel 64bis BV entspricht. Dem Bundesamt für Polizeiwesen obliegt dabei die Aufsicht, und es kann gegen kantonale Entscheide Rechtsmittel ergreifen. Diese Kompetenzverteilung entspricht jahrzehntelanger Praxis und hat sich im grossen und ganzen bewährt. Schwierigkeiten in einem Einzelfall veranlassen den Bundesrat nicht, eine von der Regelung des Rechtshilfegesetzes abweichende zentralistische Lösung vorzuschlagen.

Fragestunde

Heure des questions

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1986
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	11
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	17.03.1986 - 14:30
Date	
Data	
Seite	247-252
Page	
Pagina	
Ref. No	20 014 166

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.